

Über dasjenige unterrichtet werden, was der Reichskanzler und seine Rathgeber zu thun oder zu lassen beabsichtigen. Dem Bundesrathe werden in legislativen Angelegenheiten ebenso falls accomplies wie dem Reichstage vorgelegt. Schließlich handelt es sich stets um die entscheidende Frage: Wollt ihr euren Finanzen aufhelfen oder nicht? Vor dieser Alternative gestellt, ist die Antwort eine unswere. Wie wir übrigens hören, ist der Reichskanzler nur zögernd an die Annahme des Sperrgesetzes getreten, weil er nicht mit Unrecht voraussetzte, daß der gesetzgebende Apparat zur Fertigstellung der Vorlage nicht so rasch in Bewegung gesetzt werden könnte. Diese Annahme erweist sich jetzt schon als gerechtfertigt.

[Der Entwurf des Gesetzes über die Statistik des auswärtigen Waarenverkehrs des deutschen Zollgebiets, dessen Hauptbestimmungen bereits mitgeteilt wurden, hat folgenden Wortlaut:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen &c., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, wie folgt:

§ 1. Die Waaren, welche über die Grenzen des deutschen Zollgebiets ein- oder durchgeführt werden, einschließlich der Veranlassungen aus dem Zollgebiet durch das Ausland nach dem Zollgebiet, sind den mit den Anmerkungen für die Verfahrungsstellen beantragten Amtsstellen (§§ 3, 4 nach Gattung, Menge, Herkunft und Bestimmungsland anzumelden. — Die Verpflichtung erstreckt sich nicht auf: 1) die Gegenstände der im § 4 des Gesetzes, betreffend den Zolltarif des deutschen Zollgebiets, bezeichneten Art, 2) zollfreie Waaren im Gewicht von 250 Gramm oder weniger.

§ 2. In der Regel muß die Gattung jeder Waare nach deren spezieller Benennung und Beschaffenheit, die Menge nach dem Gewicht angegeben werden. Das Gewicht verpackter Waaren ist netto anzugeben. Demgemäß für Colli, welche nur eine Waarengattung enthalten, das Bruttogewicht unter Angabe der Verpackung. Bei Zusammenpackung verschiedenartiger Waaren können die Zolldirectivbehörden ausnahmsweise eine allgemeine Bezeichnung des Gesamteinhalts des Collo und die Angabe des Gesamtbruttogewichts nebst Verpackungsart zulassen. Das Nähere über die Classification und Abkürzungen der Waaren für die statistischen Anmeldungen bestimmt das amtlich bekannt zu machende statistische Waarenverzeichnis.

§ 3. Die Anmeldung erfolgt durch den Waarenführer mittelst Uebergabe eines Anmeldebogens an die Anmeldestelle. Beim kleinen Grenzverkehr genügt mündliche Anmeldung. Anmeldebögen sind die Zollämter im Grenzbezirk. Außerdem werden solche nach Bedürfnis dort errichtet. Die dortigen Gemeindebehörden, an deren Sitz sich ein Zollamt nicht befindet, sind zur Uebernahme der Geschäfte einer Anmeldestelle gegen entsprechende Vergütung verpflichtet. Ausnahmsweise können die Zollämter der inneren Zolllinien belegen die Seehandelsplätze zu Anmeldestellen für die daselbst seewärts aus- und eingehenden Waaren bestellt werden.

§ 4. An Stelle der Anmeldestelle tritt für die Waaren, welche nach Maßgabe der Zoll- oder Steuerbefreiung bei der Ein-, Aus- oder Durchfuhr den Zoll- oder Steuerbehörden schriftlich, desgleichen für die zollpflichtigen Waaren, welche ihnen mündlich declarirt werden, die Zoll- oder Steuerdeclaration. Doch ist bei schriftlicher Declaration im Declarationspapier, bei mündlicher Declaration mündlich auch die Herkunft und Bestimmung der Waaren anzugeben. Ferner muß bei der Uebertragung zum Eingang in den freien Verkehr auf generelle Declaration die letztere bezüglich der Gattung und Menge nach den Vorschriften dieses Gesetzes ergänzt werden.

§ 5. Die Ausstellung des Anmeldebogens liegt dem Abfender ob. Dem Waarenführer ist die Vertretung gestattet, öffentlichen Transportanstalten und Güterbeförderungsgesellschaften treibenden Personen jedoch nur dann, wenn der Abfender weder im deutschen Zollgebiet noch in den Zollausläufen wohnt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben des Anmeldebogens ist der Aussteller, wenn dieser aber außerhalb des deutschen Zollgebiets und der Zollausläufe wohnt, der Waarenführer verantwortlich. Die gleiche Verantwortlichkeit trifft diejenigen, welche mündlich anmelden oder nach § 4 Angaben machen.

§ 6. Die öffentlichen Transportanstalten und Güterbeförderungsgesellschaften treibenden Personen dürfen nach dem Auslande gerichtete Sendungen nur dann befördern, oder, falls ihnen die Bestimmung der Waaren in das Ausland erst während des Transports bekannt wird, weiter befördern, nachdem ihnen die erforderlichen Anmeldebögen überwiesen worden sind und wenn letztere sowohl in formeller Hinsicht den ertheilten Vorschriften entsprechen, als auch ihrem Inhalt nach mit den Frachtbriefen und Declarationen übereinstimmen. Für die Ausfuhr zur See kann ausnahmsweise die Nachlieferung des Anmeldebogens binnen längstens achtzigtägiger Frist, gegen Einreichung eines Interimscheins, gestattet werden. Der Interimschein weist die Waarengüter nur nach der Gattung, die Stückzahl nur nach Zahl und Merkmalen der Colli nach.

§ 7. Nachdem eine der Anmeldestellen unterliegende Sendung am Orte der Anmeldestelle angekommen oder dort zur Beförderung aufgegeben ist, hat der Waarenführer ohne Verzug die Anmeldung zu bewirken. Im Falle des § 6 Absatz 2 kann der Interimschein einweisen den Anmeldestellen vertreten. Für den Fall, daß die Sendung den Sitz einer Anmeldestelle nicht berührt, treffen die Zolldirectivbehörden den örtlichen Verhältnissen entsprechende Bestimmung. Die öffentlichen Transportanstalten und die Personen, welche Güter gewerbmäßig befördern, haben bei Uebergabe der Anmeldestelle oder Interimscheine an die Anmeldestelle schriftlich zu erklären, daß die Scheine alle dahin gehörigen Waaren umfassen. Fehlt ein Anmeldebogen ordnungswidrig, oder wird ein Interimschein nicht rechtzeitig durch den Anmeldestellen eingeleist, so kann, unbeschadet der verwirkten Bestrafung, die Nachreichung innerhalb bestimmter Frist bei Strafe aufgegeben werden.

§ 8. Die Anmeldestellen sind zur Revision der Waaren durch äußere Befugigung befugt. Ihnen liegt ob, ohne Verzug die Anmeldebögen zu prüfen, deren Angaben mit den Frachtbriefen und dem Waarenbesund zu vergleichen, erforderlichen Falles aber die Berichtigung oder Vervollständigung zu veranlassen.

§ 9. Der Bundesrath kann beim Postverkehr, bei Sendungen vom Zollgebiet durch das Ausland nach dem Zollgebiet, sowie in Rücksicht auf örtliche Verhältnisse beim kleinen Grenzverkehr und bei der Durchfuhr auf kurzen Straßenstrecken Erleichterungen bezüglich der Verpflichtung zur Anmeldung eintreten lassen.

§ 10. Die Anmeldungen, desgleichen die Angaben nach § 4 dürfen nur für Zwecke der amtlichen Statistik benutzt werden.

§ 11. Von den schriftlich anzumeldenden Waaren ist eine in die Reichskasse fließende Gebühr — statistische Gebühr — zu entrichten. Dieselbe beträgt: 1) Bei ganz oder theilweise verpackten Waaren für jedes Collo 5 Pfennig, 2) bei unverpackten Waaren für je 1000 Kilogramm 10 Pfennig. Dieser Satz findet auch Anwendung, wenn verpackte gleichartige Waaren in Wagen- oder Schiffsladungen versendet werden und das Gewicht der einzelnen Colli höchstens je 5 Kilogramm beträgt. 3) Bei Kohlen, Coaks, Holz, Erzen, Steinen, Salz, Notheisen, Düngungsmitteln und anderen, vom Bundesrath zu bestimmenden Waarengütern in Wagenladungen oder Schiffen, verpackt oder unverpackt, für je 5000 Kilogramm 10 Pfennig, 4) bei Pferden, Maulthierern, Eseln und Maulthierern für jedes Stück 10 Pfennig, 5) bei Schweinen, Schafen und Ziegen für jedes Stück 5 Pfennig. Von anderen nicht in Umschließungen verwahrten lebenden Thieren wird eine Gebühr nicht erhoben. Für Bruchtheile der Mengeneinheiten nach Ziffer 2 und 3 kommt die volle Gebühr in Anwendung.

§ 12. Von der statistischen Gebühr sind befreit: 1) die Waaren, welche unter Zollkontrolle verbleiben, auf Niederlagen für unverpackte Gegenstände gebracht, nach Entrichtung des Eingangszolls in den freien Verkehr gesetzt, oder zum Zweck der Zurückvergütung oder des Erlasses von Abgaben unter amtlicher Kontrolle ausgeführt werden; 2) die Waaren, welche auf Grund direkter Begleitpapiere im freien Verkehr a. durch das deutsche Zollgebiet durchgeführt, oder b. aus demselben durch das Ausland nach dem Zollgebiet befördert werden; 3) die Postsendungen. Die Befreiung von der statistischen Gebühr nach Nr. 1 erstreckt sich nicht auf die einer Zollabfertigung unterworfenen zollfreien Waaren, welche nach vorheriger Verwendung unter Zollkontrolle bei einem Amt im Innern in den freien Verkehr gesetzt werden.

§ 13. Die Verpflichtung zur Entrichtung der statistischen Gebühr (§ 11) wird durch Verwendung von Reichs-Stempelmarken in dem erforderlichen Werthbetrag auf den Anmeldebögen oder den dieselben nach § 4 vertretenden Papieren vor Uebergabe derselben an die Anmeldestellen erfüllt. Für die Entrichtung der statistischen Gebühr haften dem Reich gegenüber derjenige, welcher zur Zeit, wo die Anmeldung stattgefunden hat, Inhaber (natürlicher Besitzer) der Waare ist.

§ 14. Für die von den Bundesstaaten durch die Statistik des auswärtigen Waarenverkehrs erwachsenden Kosten wird aus dem Ertrag der statistischen Gebühr eine durch den Bundesrath festzustellende Vergütung gewährt.

§ 15. Die für die Controlirung der Zölle bestehenden Vorschriften finden auf die statistische Gebühr Anwendung.

§ 16. Die Organe der Zollverwaltung haben die Beobachtung der Vorschriften dieses Gesetzes zu überwachen und Zuwiderhandlungen gegen dieselben zur Anzeige zu bringen.

§ 17. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes, sowie der in Folge derselben erlassenen und öffentlich bekannt gemachten Ausführungsbestimmungen von Seiten der Waarenführer und inländischen Abfender sind, unbeschadet der Vorschriften in §§ 275 und 276 des Strafgesetzbuchs, mit einer Ordnungsgeldstrafe bis zu Einhundert und fünfzig Mark zu bestrafen. Handel- und Gewerbetreibende, Eisenbahnverwaltungen und Dampfschiffahrts-Gesellschaften, sowie andere nicht zur Handel- und gewerbetreibenden Klasse gehörende Personen haften bezüglich der von Dritten begangenen Verletzungen der gesetzlichen und Ausführungsbestimmungen nach Maßgabe des § 153 des Vereinszollgesetzes. In Betreff der Feststellung, Untersuchung und Entscheidung der Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen, sowie in Betreff der Strafmaß und des Erlasses der Strafe im Gnadenwege kommen die Vorschriften zur Anwendung, nach welchen sich das Verfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze bestimmt. Die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Geldstrafen fallen dem Fiscus desjenigen Bundesstaats zu, von dessen Behörden die Straf-Entscheidung erlassen ist.

§ 18. Das dem Waarenführer nach Artikel 409 des Handelsgesetzbuchs an dem Frachtag zu zahlende Pfandrecht erstreckt sich auch auf die Ansprüche, welche dem Waarenführer aus der Erfüllung der ihm nach diesem Gesetze obliegenden Verpflichtungen oder aus der Vertretung des Abfenders (§ 5) erwachsen.

§ 19. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1880 in Kraft. Urkundlich &c. Gegeben &c.

Schweiz.

Bern, 11. Mai. [In Folge großen Schneefalls] in den Bergen haben wir hier wieder Kälte wie zur Winterszeit. Dabei ist die Natur so juristisch, daß auf dem Lande nicht gearbeitet werden kann und man dort mit gar trübem Blick in die Zukunft sieht; in den katholischen Cantonen, so im Canton Luzern, werden von den Kirchenbehörden bereits Gebete um besseres Wetter angeordnet; eine Bitte, die mit der Zeit jedenfalls erhört werden wird. Seit gestern ist der Gotthardpaß wieder unpassierbar. Selbstverständlich leiden neuerdings unter dem Schneefall auch die Gotthardbahnarbeiten. Wie eine Depesche meldet, ist auf der Südseite die aus dem Tessin kommende Wasserleitung, welche sich 3 Km. lang an fentrefreien Felsen hinzieht, wieder unter gewaltigen Schneemassen und einer neuen Lawine begraben, so daß die Arbeiten im Tunnel mehrere Tage müssen eingestellt werden.

Italien.

Rom, 9. Mai. [Garibaldi's Zustand.] Ein ungarischer Abgeordneter, der den greisen Garibaldi jüngst hier besucht, erzählt über ihn folgende Einzelheiten: Garibaldi empfängt die Besuche im Bette liegend oder sitzend; so empfing er auch Humbert, wobei er sich nur ein wenig erhob, um den König umarmen zu können. Garibaldi ist körperlich gebrochen, viel mehr, als man nach dem ihm zugeschriebenen Einfluß glauben sollte. Die Gicht hat ihn zum Krüppel gemacht; seine Beine sind zusammengezogen, seine Faust so vertrocknet, daß er kaum die Hand reichen kann. Nur sein Kopf ist von der Krankheit verschont geblieben und erinnert noch an den früheren Garibaldi mit dem eigenthümlich sanften, herzlichen Lächeln, mit dem durchdringenden, sympathischen Blick, welche ihn in den Augen der Italiener zu einem wunderbaren, überirdischen Wesen machten. Seine Kleidung ist die frühere, höchst einfache. Er trägt eine gewirkte Haustuppe auf dem Haupte, das historische rothe Hemd aus dem Oberkörper, durch einen Gürtel festgehalten; der Hals ist durch einen Schal verahrt, welchen die Krankheit ihm aufgenötigt hat. Wie seine Kleidung, ist auch seine Lebensweise höchst einfach. Etwas gebratenes Fleisch, Käse oder Salami und braunes Brot machen sein Mahl aus; die Leckerbissen der modernen Küche kommen niemals auf seinen Tisch.

[Garibaldi und die Regierung.] Ein Neapolitaner Blatt berichtet, daß der Ministerrath einen sehr folgenschweren Beschluß in Bezug auf Garibaldi gefaßt hat. In dieser Fassung ist absolut unverständlich, was jenes Blatt eigentlich meint. Die Regierung ließ das Manifest Garibaldi's durch die Zeitungen unangefochten verbreiten, verbot aber dessen Anschlag in den Straßen. Der Agitation für das allgemeine Stimmrecht wird sie auch nicht entgegentreten, so lange sich dieselbe innerhalb der Schranken des Sicherheitsgesetzes bewegen wird, aber gewiß dagegen scharf einschreiten, wenn dieselbe zu Straßenercessen führen sollte. Was jedoch Garibaldi betrifft, so ist es schwer, zu sagen, wie die Regierung ihn strafrechtlich verfolgen könnte, bevor die Drohung des Manifestes mit Gewalt zu irgend einem faßbaren verbrecherischen Versuch der Bethätigung der Drohung geführt hat.

Frankreich.

Paris, 12. Mai. [Geistlich und weltlich.] „Alle Franzosen sind vor dem Gesetze gleich“, schreibt „Kappel“ und wer daran zweifeln möchte, mag mit Folgendem beantworten: Ein Zeitungsschreiber unterliegt sich, zum Haß und zur Verachtung der Regierung aufzureizen, schimpft über das Gesetz, ersucht seine Leser, demselben den Gehorsam zu verweigern. Er wird vor Gericht gezogen und das Gericht, welches es auch sein mag, Polizeigericht oder Assisenhof, nimmt selten Anstand, ihn zu Tausenden von Franken Buße und so und so viel Monaten Gefängnis zu verurtheilen. Ein Erzbischof fordert auf zum Haß und zur Verachtung der Regierung, schimpft über das Gesetz, ersucht seine Heerde, demselben den Gehorsam zu verweigern. Dieser Erzbischof wird vor Gericht gezogen. — Vor's Zuchtpolizeigericht? — Sie spaßen. — Vor den Assisenhof? — Sie sind ein Grobian. Ein Erzbischof darf nur vor dem Staatsrath gerichtet werden! Sie bedenken nicht, daß die Schimpfworte der Erzbischöfe, obgleich sie geschrieben, veröffentlicht und ausgetheilt worden wie die der gemeinen Welt, mit geweihter Dinte geschrieben sind. Gewöhnlich spricht der Staatsrath den Erzbischof frei. Staatsräthe und Erzbischöfe thun sich nicht gern einander etwas zu leide. Wir leben jedoch in einem Zeitalter, das reich ist an Wundern. Es geschieht also zuweilen, daß die Welt mit Erstaunen hört, ein Erzbischof sei vom Staatsrath verurtheilt worden. — Zu welcher Strafe? fragt man von allen Seiten. — Zu keiner! Bitte jedoch um Verzeihung; zu etwas Zurechtbarem, wie z. B. der Ruf zur Ordnung in der Deputirtenkammer. „Herr Bischof“, sagt der Staatsrath, „uns dünkt, Ew. Herrlichkeit trieben Mißbrauch.“ — Und dann? — Dann geht der Erzbischof nach Hause. — In Freiheit? — Allerdings. — Und zahlt keine Buße? — Ei ja, ich vergaß die Buße. Wohl! die Buße, die zahlt die Regierung dem Erzbischof unter der Form einer monatlichen Besoldung.

Belgien.

Brüssel, 9. Mai. [Zur Schulgesetzentwurf.] Heute, schreibt man der „A. Z.“, hat der Unterrichtsminister Van Humbeeck im Repräsentantenhause seine Schulgesetzentwurf mit einer ruhigen klaren Rede vertreten und in derselben dargelegt, daß die von der Staatsverfassung aufgestellten, aber bei Ausführung des Elementar-Schulgesetzes von 1842 zu Schaden gekommenen Grundsätze der Gewissensfreiheit und der Unabhängigkeit der Staatsgewalt durch diesen neuen Gesetzentwurf vollständig gewahrt werden, was denn auch sein eigentlicher Zweck sei. Den clericalen Einwurf, daß Moral nicht gefordert von der katholischen Religion gelehrt werden könne, wies er schlagend zurück: das Gewissen habe jedem Menschen, welchen Glauben er auch bekenne, was recht sei und was nicht. Katholiken, Protestanten und Juden hätten ganz dasselbe Moralgesetz; daß nur eine vom katholischen Dogma abhängige Moral (z. B. die vom Jesuitenpater Gury in

dessen Lehrbuch gelehrt Moral!) Werth habe, sei eine eben so unsinnige Behauptung wie die, daß die Schule religionsfeindlich sein werde. Neutral solle die Schule sein, nichts weiter; die Geistlichen würden nach ihrem Belieben den Schülern, sei es in der Kirche, sei es im Schulhause selbst, Religionsunterricht erteilen können. Die Schulgesetzgebung anderer Länder, namentlich Hollands, beweise, daß die neutrale Schule die Religion nicht schädige. Die Freiheit der Gemeinden sei durch das neue Gesetz auch durchaus nicht beeinträchtigt; denn es verlange von ihnen nicht mehr, als das Gesetz von 1842 ihnen abgefordert habe. Der Ministerrath wird am Dienstag in seiner Erörterung fortfahren.

[In Luxemburg] hat der Appellhof 62 Wähler aus der Wählerliste, in die sie unberechtigt eingezeichnet waren, ausgeschrieben.

[Zu den Provinzialraths-Wahlen.] Der Justizminister hat entschieden, daß die neulich im flandrischen Provinzialrath abgegebenen 39 ganz weißen Zettel als nicht vorhanden betrachtet und aus den übrigen die absolute Mehrheit berechnet werden solle. Danach ist denn heute in Gent die erforderliche Wahl vollstreckt worden.

[Das Zuchtpolizeigericht von Termonde] hat einen Lehrer in Hamme wegen allergrößter Unzucht in 26 Fällen zu je 6 Monaten und 212 Fällen zu je 4 Monaten, also in zusammen 238 Fällen zu 83 Jahren und 8 Monaten Gefängnis verurtheilt. Das wäre also, nach Wölfe's Rechnung, der 17. „weltliche“ Lehrer, der in 20 Jahren so hat gestraft werden müssen, aber eben dieser 17. war, aus der von Geistlichen geleiteten Normalschule von Vierre hervorgegangen, in Hamme die rechte Hand der clericalen Partei und in deren Versammlungen der stete Sprecher und Macher. Bei seiner Verhaftung fand man ihn im Besitz von zwei Rosenkränzen, einem Scapulier und einer St. Josephs-Medaille; er war eben ein sehr „frommer“ Mann.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Schiedsmannordnung.

Rom 29. März 1879.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen &c., verordnen, unter Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

Erster Abschnitt.

Das Amt der Schiedsmänner.

§ 1. Zur Sühneverhandlung über streitige Rechtsangelegenheiten ist für jede Gemeinde ein Schiedsmann zu bestellen. Kleinere Gemeinden können mit anderen Gemeinden zu einem Schiedsmannsbezirk vereinigt, größere Gemeinden in mehrere Bezirke getheilt werden. — Selbstständige Gutsbezirke werden den Gemeinden gleichgestellt. — Die Abgrenzung der Bezirke erfolgt: 1) in denjenigen Städten, in welchen ein collegialischer Gemeindevorstand vorhanden ist, durch diesen, in den übrigen durch den Bürgermeister; 2) für die Landgemeinden durch die Kreisverordnungen, in der Provinz Hannover und in den hohenzollernischen Ländern durch die Amtsverordnungen.

§ 2. Das Amt des Schiedsmanns ist ein Ehrenamt. Zu demselben ist nicht zu berufen: 1) wer das dreißigste Lebensjahr nicht vollendet hat; 2) wer nicht in dem Schiedsmannsbezirk wohnt, für welchen die Berufung erfolgt; 3) wer in Folge strafgerichtlicher Verurtheilung die Befähigung zur Verrichtung öffentlicher Aemter verloren hat; 4) wer in Folge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist. — Staatsbeamte und besoldete Beamte der Communal- oder Kirchenverwaltung bedürfen zur Uebernahme des Amtes der Genehmigung ihrer zunächst vorgesetzten Behörde.

§ 3. In denjenigen Gemeinden, welche für sich einen Schiedsmannsbezirk oder mehrere Schiedsmannsbezirke bilden, erfolgt die Wahl der Schiedsmänner durch die Gemeindevertretung (Versammlung der Stadtverordneten, der Repräsentanten, der Bürgervorsteher, der Gemeindeverordneten, der Bürgerausschussmitglieder, der Gemeindeausschussmitglieder), wo eine gewählte Gemeindevertretung nicht besteht, durch die Gemeindeversammlung, in selbstständigen Gutsbezirken durch den Gutsbesitzer. — Für die aus mehreren Gemeinden zusammengelegten Schiedsmannsbezirke werden die Schiedsmänner durch die Kreisverordnungen, in der Provinz Hannover und in den hohenzollernischen Ländern durch die Amtsverordnungen gewählt. — Die Wahl erfolgt auf drei Jahre. Bis zum Amtsantritt des Neugewählten bleibt der bisherige Schiedsmann in Thätigkeit.

§ 4. Die zu Schiedsmännern Gewählten bedürfen der Bestätigung durch das Präsidium des Landgerichts, in dessen Bezirk sie ihren Wohnsitz haben.

§ 5. Die Schiedsmänner werden bei dem Amtsgerichte ihres Wohnortes auf die Erfüllung ihrer Obliegenheiten eidlich verpflichtet. Der Eid wird dahin geleistet:

„Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, die Pflichten eines Schiedsmanns getreulich zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“

Ist ein Schiedsmann Mitglied einer Religionsgesellschaft, welcher das Gesetz den Gebrauch gewisser Bekehrungsformeln an Stelle des Eides gestattet, so wird die Abgabe einer Erklärung unter der Bekehrungsformel dieser Religionsgesellschaft der Eidesleistung gleichgeachtet. — Im Falle der Wiederwahl eines Schiedsmanns genügt die Verweisung auf den von ihm bereits geleisteten Eid.

§ 6. Die Schiedsmänner haben bei Ausübung ihres Amtes die Rechte der Beamten.

§ 7. Das Recht der Aufsicht über einen Schiedsmann steht zu: 1) dem Justiz-Minister hinsichtlich sämtlicher Schiedsmänner; 2) dem Ober-Landesgerichts-Präsidenten hinsichtlich der in dem Ober-Landesgerichtsbezirk wohnenden Schiedsmänner; 3) dem Präsidenten des Landgerichts hinsichtlich der in dem Landgerichtsbezirk wohnenden Schiedsmänner. — In dem Rechte der Aufsicht liegt die Befugnis, die ordnungswidrige Ausführung eines Schiedsmannsgeschäftes zu rügen. — Beschwerden, welche den Geschäftsbetrieb oder Verzögerungen betreffen, werden im Aufschubwege erledigt.

§ 8. Zur Ablehnung oder Niederlegung des Amtes eines Schiedsmanns vor Ablauf der Wahlperiode berechtigen folgende Entschuldigungsgründe: 1) das Alter von 60 Jahren; 2) die Verwaltung des Schiedsmannsamts während der vorausgegangenen 3 Jahre; 3) anhaltende Krankheit; 4) Geschäfte, die eine lange oder häufige Abwesenheit vom Wohnorte mit sich bringen; 5) die Verwaltung eines unmittelbaren Staatsamts; 6) sonstige besondere Verhältnisse, die nach billigem Ermessen eine gültige Entschuldigung begründen. — Ueber die Befugnis zur Ablehnung wird von der Körperschaft, welche die Wahl des Schiedsmanns bewirkt, und über die Befugnis zur Niederlegung vom Präsidium des Landgerichts endgültig entschieden.

§ 9. Ein Schiedsmann ist seines Amtes zu entheben, wenn Umstände eintreten oder bekannt werden, bei deren Vorhandensein die Berufung nicht erfolgen soll. Er kann auch aus anderen erheblichen Gründen seines Amtes entbunden werden. — Die Enthebung vom Amte erfolgt durch den Ersten Vicepräsidenten des Ober-Landesgerichts, in dessen Bezirk der Schiedsmann seinen Wohnsitz hat, nach Anhörung des Beistellenden.

§ 10. Wer sich ohne einen der im § 8 enthaltenen Entschuldigungsgründe weigert, das Amt des Schiedsmanns zu übernehmen oder das übernommene Amt während der vorgeschriebenen regelmäßigen Amtsdauer zu versehen, kann für einen Zeitraum von 3 bis 6 Jahren der Ausübung seines Rechtes auf Theilnahme an der Vertretung und Verwaltung seiner Gemeinde für verlustig erklärt und um $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ stärker als die übrigen Gemeindeangehörigen zu den Gemeindeabgaben herangezogen werden. Die Beschlussfassung hierüber steht der Gemeindevertretung (§ 3) zu; der Beschluß bedarf der Genehmigung der der Gemeinde vorgelegten Behörde. — Bei selbstständiger Gutsbezirke kann in dem vorgedachten Falle durch den Kreisvorstand eine Erhöhung der Kreisabgabe um $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ auf drei bis sechs Jahre auferlegt werden.

§ 11. Jeder Schiedsmann erhält einen Stellvertreter. Die Stellvertretung kann dahin geordnet werden, daß bestimmte Schiedsmänner sich wechselseitig vertreten. — Bei vorübergehender Behinderung oder gleichzeitiger Erledigung des Amtes des Schiedsmanns und des Stellvertreters ist die Aufsichtsbefugnis ermächtigt, die einstweilige Wahrnehmung der Geschäfte einem benachbarten Schiedsmann oder Stellvertreter zu übertragen. — Auf die Stellvertreter finden die §§ 2 bis 10 entsprechende Anwendung.

Zweiter Abschnitt.

Die Sühneverhandlung über bürgerliche Rechtsstreitigkeiten. § 12. In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten findet eine Sühneverhandlung nur über vermögensrechtliche Ansprüche statt. Der Schiedsmann hat sich der Sühneverhandlung auf Antrag einer oder beider Parteien zu unter-

ziehen. Zur Stellung dieses Antrages ist keine Partei verpflichtet. — In Rechtsstreitigkeiten, deren Entscheidung den Auseinanderlegungsbehörden zu- steht, findet eine Sühneverhandlung durch Schiedsmänner nicht statt.

§ 13. Für die Sühneverhandlung ist der Schiedsmann zuständig, in dessen Bezirk der Gegner des Antragstellers seinen Wohnsitz hat. — Ein an sich zuständiger Schiedsmann wird jedoch durch ausdrückliche oder stillschweigende Vereinbarung der Parteien unzuständig.

§ 14. Zu einer amtlichen Thätigkeit außerhalb seines Amtsbezirks ist der Schiedsmann nur im Falle der Stellvertretung (§ 11) befugt.

§ 15. Der Schiedsmann ist von der Ausübung seines Amtes kraft Gesetzes ausgeschlossen: 1) in Sachen, in welchen er selbst Partei ist oder in Ansehung welcher er zu einer Partei in dem Verhältnis eines Mitberechtigten, Mitverpflichteten oder Regresspflichtigen steht; 2) in Sachen, seiner Ehefrau, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht; 3) in Sachen einer Person, mit welcher er in gerader Linie verwandt, verschwägert oder durch Adoption verbunden, in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert ist, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht; 4) in Sachen, in welchen er als Proceßbevollmächtigter oder Beistand einer Partei bestellt oder als gesetzlicher Vertreter einer Partei aufzutreten berechtigt ist oder gewesen ist.

§ 16. Der Schiedsmann soll die Ausübung seines Amtes ablehnen: 1) wenn er der Sprache der Partei nicht mächtig ist; 2) wenn zur Gültigkeit der Willenserklärung der Parteien dem Gegenstande nach die gerichtliche oder notarielle Form ausdrücklich erforderlich wird; 3) wenn die Parteien dem Schiedsmanne nicht bekannt sind und auch nicht nachweisen können, daß sie diejenigen sind, wofür sie sich ausgeben; 4) wenn Bedenken gegen die Geschäftsfähigkeit der Parteien oder gegen die Legitimation der gesetzlichen Vertreter derselben bestehen; 5) wenn eine Partei blind oder taubstumm ist; 6) wenn eine Partei taub oder stumm ist und mit derselben eine schriftliche Verständigung nicht erfolgen kann.

§ 17. Der Schiedsmann kann die Ausübung seines Amtes ablehnen: 1) wenn seine Zuständigkeit lediglich auf der Vereinbarung der Parteien beruht; 2) wenn ihm die streitige Angelegenheit zu weitläufig oder zu schwierig erscheint. — Beschwerde gegen die Ablehnung findet nicht statt.

§ 18. Die Vertretung der Parteien durch Bevollmächtigte ist unzulässig. Gemeinden und Corporationen dürfen sich jedoch durch Bevollmächtigte aus ihrer Mitte vertreten lassen.

§ 19. Bestände der Parteien, mit Ausnahme der Bestände von Personen, welche des Lebens oder Schreibens nicht mächtig sind, können vom Schiedsmanne in jeder Lage der Verhandlung zurückgewiesen werden.

§ 20. Der Antrag auf Sühneverhandlung kann bei dem Schiedsmanne schriftlich eingereicht oder mündlich zu Protokoll gegeben werden. Derselbe muß den Namen, Stand und Wohnort der Parteien, eine allgemeine Angabe des Gegenstandes der Verhandlung und die Unterschrift des Antragstellers enthalten.

§ 21. Der Schiedsmann bemerkt auf dem Antrage oder einer Anlage desselben Zeit und Ort des Termins zur Verhandlung unter Androhung der Strafe für unentschuldigtes Ausbleiben (§ 22) und überreicht das Schriftstück dem Antragsteller zur Verhandlung an den Gegner oder läßt diesem das Schriftstück — unter entsprechender Benachrichtigung des Antragstellers — in zuverläßiger Weise zustellen.

§ 22. Eine Partei, welche vor dem zuständigen Schiedsmanne in dem anberaumten Termine nicht erscheinen will oder kann, muß solches spätestens an dem dem Terminstage vorhergehenden Tage bei dem Schiedsmanne anzeigen. — Ist eine solche Anzeige nicht erstattet, so kann der Schiedsmann gegen die im Termine ausgebliebene Partei eine Geldstrafe von fünfzig Pfennigen bis zu einer Mark festsetzen. — Beschwerden gegen die Festsetzung werden im Aufschubwege erledigt.

§ 23. Die Verhandlung der Parteien vor dem Schiedsmanne ist eine mündliche. Der Schiedsmann hat Sorge zu tragen, daß dieselbe ohne Unterbrechung zu Ende geführt werde; erforderlichenfalls hat er den Termin zur Fortsetzung der Verhandlung sofort zu bestimmen.

§ 24. Der Schiedsmann kann im Einverständnis mit den Parteien Zeugen und Sachverständige, welche freiwillig vor ihm erschienen sind, hören. — Zur Beeidigung eines Zeugen oder Sachverständigen und zur Abnahme eines Partei-Eides ist der Schiedsmann nicht befugt.

§ 25. Kommt ein Vergleich zu Stande, so ist derselbe zu Protokoll festzustellen. — Das Protokoll wird in der Sprache der Parteien, und wenn nur eine Partei der deutschen Sprache mächtig ist, in dieser und der fremden Sprache aufgenommen. — Das Protokoll enthält: 1) den Ort und die Zeit der Verhandlung; 2) die Namen der erschienenen Parteien, gesetzlichen Vertreter, Bevollmächtigten und Beistände, sowie die Angaben, wie dieselben ihre Legitimation geführt haben; 3) den Gegenstand des Streits; 4) die Verhandlung der Parteien. — Kommt ein Vergleich nicht zu Stande, so hat der Schiedsmann hierüber einen kurzen Vermerk aufzunehmen.

§ 26. Das Protokoll ist den Parteien vorzulesen oder zur Durchsicht vorzulegen. In dem Protokolle ist zu bemerken, daß dies geschehen und die Genehmigung erfolgt sei.

§ 27. Das Protokoll ist von den Parteien und dem Schiedsmanne durch Namensunterschrift zu vollziehen. — Jede Partei, welche nicht unterschreiben kann, muß einen Beistand wählen, welcher für sie die Verhandlung mit seiner Namensunterschrift vollzieht oder die von ihr beigefügten Handzeichen beglaubigt. Der Schiedsmann hat dabei zu vermerken, von welcher Partei und aus welchem Grunde die eigenhändige Unterschrift unterblieben ist.

§ 28. Die Protokolle werden der Zeitfolge nach in ein ausschließlich dazu bestimmtes Buch (Protokollbuch) eingeschrieben und mit einer fortlaufenden Nummer versehen. — Vollgeschriebene Protokollbücher sind an das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Schiedsmann wohnt, zur Aufbewahrung abzugeben.

§ 29. Die Parteien oder deren Rechtsnachfolger erhalten auf Verlangen Abschrift oder Ausfertigung des Protokolls.

§ 30. Die Ausfertigung besteht aus der mit dem Ausfertigungsvermerke versehenen Abschrift des Protokolls. — Der Ausfertigungsvermerk muß die Angabe des Orts und der Zeit der Ausfertigung und die Bezeichnung Desjenigen, für welchen die Ausfertigung erteilt wird, enthalten und mit der Unterschrift und dem Amtssiegel des Schiedsmannes versehen sein.

§ 31. Die Ausfertigung wird von dem Schiedsmanne erteilt, welcher die Urchrift des Protokolls verwahrt. Derselbe hat vor der Ausfertigung auf der Urchrift des Protokolls zu vermerken, wann und für wen die Ausfertigung erteilt worden ist. — Befindet sich das Protokollbuch in der Verwahrung des Amtsgerichts (§ 28), so wird die Ausfertigung von dem Gerichtsschreiber desselben erteilt.

§ 32. Aus den vor einem Schiedsmanne geschlossenen Vergleichenden findet die gerichtliche Zwangsvollstreckung statt. — Die Vorschriften der Deutschen Civilprozeßordnung über die Zwangsvollstreckung aus notariellen Urkunden finden hierbei entsprechende Anwendung. — In den Fällen der §§ 664, 665 der Deutschen Civilprozeßordnung ist die vollstreckbare Ausfertigung nur auf Anordnung des Amtsgerichts zu erteilen, in dessen Bezirke der Schiedsmann den Wohnsitz hat.

Dritter Abschnitt.

Die Sühneverhandlung über Verleumdungen und Körperverletzungen.

§ 33. Bei den nur auf Antrag zu verfolgenden Verleumdungen und Körperverletzungen ist der Schiedsmann die zum Zwecke der Sühneverhandlung zuständige Vergleichsbehörde.

§ 34. Auf die Sühneverhandlung über Verleumdungen und Körperverletzungen finden die Vorschriften des zweiten Abschnitts mit den in den nachfolgenden Paragraphen enthaltenen Abweichungen entsprechende Anwendung.

§ 35. Soweit nach der Vorschrift des § 420 der Deutschen Civilprozeßordnung vor Erhebung der Privatklage wegen Verleumdungen nachgewiesen werden muß, daß die Sühne erfolglos versucht worden, ist für diesen Vergleichsversuch der Schiedsmann, in dessen Bezirk der Beschuldigte wohnt, ausschließlich zuständig.

§ 36. Bei der nach § 420 der Deutschen Civilprozeßordnung erforderlichen Sühneverhandlung darf der zuständige Schiedsmann die Ausübung seines Amtes aus den in § 16 Nr. 3 bis 6 und § 17 Nr. 2 angegebenen Gründen nicht ablehnen. Er hat, wenn bei einer Partei einer der im § 16 Nr. 3 bis 6 angegebenen Umstände vorliegt, dies in dem Protokolle zu vermerken. Gegen eine solche Partei findet die Zwangsvollstreckung aus einem aufgenommenen Vergleich nicht statt.

§ 37. Die Ladung zu der nach § 420 der Deutschen Civilprozeßordnung erforderlichen Sühneverhandlung ist den Parteien durch den Schiedsmann oder in anderer zuverläßiger Weise zuzustellen. — Erscheint der Antragsteller in dem Termine nicht, so findet eine Sühneverhandlung nicht statt. Erscheint der Beschuldigte nicht, so wird angenommen, daß er sich auf die Sühneverhandlung nicht einlassen wolle.

§ 38. Eine Verweisung über die Erfolgslosigkeit des Sühneversuchs kann nur erteilt werden, wenn der Antragsteller im Termine erschienen ist. — Die Verweisung muß mit der Unterschrift und dem Amtssiegel des Schiedsmannes versehen sein. Sie soll die Angabe der Zeit der Verleumdung und der Anbringung des Antrags, sowie des Orts und der Zeit der Ausstellung enthalten. — Ueber die Verhandlung und die Ausstellung der

Verleumdung hat der Schiedsmann in Protokollbuch einen Vermerk aufzunehmen.

§ 39. Für Privatklagen gegen Studierende kann der Justizminister im Einverständnis mit dem Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten bestimmen, daß der nach § 420 der Deutschen Civilprozeßordnung erforderliche Sühneversuch nicht von dem Schiedsmanne, sondern von einer anderen Vergleichsbehörde vorzunehmen sei.

Vierter Abschnitt.

Kosten und Stempel.

§ 40. Die Verfügungen, Verhandlungen und Ausfertigungen des Schiedsmannes sind kosten- und stempelfrei. — Die Stempelfreiheit der Verhandlungen erstreckt sich nicht: 1) auf Rechtsgeschäfte, welche an sich stempelpflichtig sind und als ein Bestandteil des Vergleichs in den letzteren aufgenommen werden; 2) auf Vergleiche, durch welche ein unter den Parteien bisher nicht in stempelpflichtiger Form zu Stande gekommenes Rechtsgeschäft anerkannt oder im Wesentlichen aufrecht erhalten wird.

§ 41. Die Schiedsmänner sind nicht verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die von ihnen aufgenommenen Verhandlungen rechtzeitig mit dem tarifmäßigen Stempel versehen werden. Die Parteien haften für die rechtzeitige Verwendung desselben nach Maßgabe der Stempelgesetze. Der Stempel ist binnen zwei Wochen, vom Tage der Aufnahme der Verhandlung an, zu der Urchrift derselben beizubringen. Die Ertheilung von Ausfertigungen der Verhandlung ist von der vorgängigen Verwendung des Stempels nicht abhängig. — Die Schiedsmänner haben auf jeder von ihnen erteilten Ausfertigung der Verhandlung zu vermerken, ob und welcher Stempel zu der Urchrift verwendet ist.

§ 42. Schreibgebühren und baare Auslagen sind dem Schiedsmanne sofort zu entrichten. Derselbe kann seine Thätigkeit von der vorherigen Entrichtung abhängig machen.

§ 43. Die Schreibgebühren sind für die Aufnahme der Anträge, sowie für die Ausfertigungen und Abschriften der Verhandlungen und Bescheidigungen zu entrichten. Sie betragen mindestens fünfundsiebzig Pfennige und bei Schriftstücken von mehr als zwei Seiten für jede folgende Seite zehn Pfennige. Jede angefangene Seite wird voll berechnet.

§ 44. Die Schreibgebühren und baaren Auslagen fallen der Partei zur Last, welche dieselbe veranlaßt hat. Ist jedoch ein Vergleich zu Stande gekommen oder die Vermittlung des Schiedsmannes von beiden Parteien nachgesucht, so haften für die Schreibgebühren und baaren Auslagen, welche bis zum Schlusse der Verhandlung entstanden sind, jede Partei. — Erforderlichenfalls werden diese Gebühren und Auslagen auf Antrag des Schiedsmannes von den Beteiligten ebenso beigetragen, wie die Gemeindeabgaben.

§ 45. Die sächlichen Kosten des Schiedsmannes fallen der Gemeinde zur Last. — In Bezirken, welche aus mehreren Gemeinden bestehen, werden die sächlichen Kosten auf die beteiligten Gemeinden nach dem Maßstabe der Seelenzahl verteilt. Den Gemeinden werden die selbstständigen Gutsbezirke gleichgeachtet.

§ 46. Die Geldstrafen, welche in Gemäßheit dieses Gesetzes zur Erhebung gelangen, fließen den Gemeinden zu, welche die sächlichen Kosten zu tragen haben.

Fünfter Abschnitt.

Schlusssbestimmungen.

§ 47. Die Vorschriften dieses Gesetzes, welche sich auf die Ausfertigung und Vollstreckung der abgeschlossenen Vergleiche beziehen, finden auch auf solche Vergleiche Anwendung, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes von einem Schiedsmanne zu Protokoll genommen worden sind.

§ 48. Die auf Grund der bisherigen Vorschriften berufenen Schiedsmänner haben bis zum Ablaufe ihrer Amtsperiode ihre Thätigkeit in Gemäßheit des gegenwärtigen Gesetzes fortzusetzen. — In denjenigen Landes- theilen, in welchen das Institut der Schiedsmänner bisher nicht eingeführt worden ist, haben bis zum Amtsantritte der in Folge dieses Gesetzes zu berufenden Schiedsmänner die Amtsgerichte die Geschäfte der Vergleichsbehörde bei Verleumdungen (§ 420 der Civilprozeßordnung) wahrzunehmen.

§ 49. Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Deutschen Gerichtsverfahrgesetze in Kraft. Mit der Ausführung werden der Justizminister und der Minister des Innern beauftragt. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insigne.

Gegeben Berlin, den 29. März 1879.

(L. S.)

Wilhelm.

Graf zu Stolberg. Leonhardt. Falk.
von Kameke. Friedenthal. von Bülow. Hofmann.
Graf zu Eulenburg. Maybach. Sobrecht.

Substationen.

(Vom 16. bis 31. Mai.)

Regierungsbezirk Breslau.

Stadtgericht Breslau. 16. Mai, 11 Uhr. Grundst. 76 Girschtstraße.
11 Uhr. Grundst. 26 Neue Zunkerstr.
23. Mai, 11 Uhr. Grundst. Elbingstraße 11 und Vincenzstraße 61.
11 Uhr. Grundst. Schweigerstraße 23.
26. Mai, 10 Uhr. Grundst. (Band 14, Blatt 251) Breslau.
9 Uhr. Grundst. (Band 14, Blatt 191) Breslau.
10 1/2 Uhr. Grundst. (Band 14, Blatt 231) Breslau.
11 Uhr. Grundst. (Band 14, Blatt 221) Breslau.
9 1/2 Uhr. Grundst. (Band 14, Blatt 131) Breslau.
11 1/2 Uhr. Grundst. (Band 14, Blatt 211) Breslau.
27. Mai, 11 Uhr. Grundst. 104 Große Feldstraße.
29. Mai, 11 Uhr. Grundst. 35 Ottostraße.
30. Mai, 11 Uhr. Grundst. 18 Rosenstraße.
11 Uhr. Grundst. 7 Ludwigstraße.

Kreisgericht Breslau. 20. Mai, 10 Uhr. Gröscholisei Gniechmiz.
23. Mai, 10 Uhr. Grundst. Sedansstr. 10 Breslau.
27. Mai, 10 Uhr. Grundst. (Blatt 99) Rothfärberei.
30. Mai, 10 Uhr. Grundst. Sedansstr. 26 Breslau.

Kreisgericht Frankenstein. 23. Mai, 10 Uhr. Grundstücke 10 und 51 Grochau.

30. Mai, 10 Uhr. Grundst. 203 Banau.

Kreisger.-Comm. Friedland. 21. Mai, 4 Uhr. Adergrundst. (Blatt 138) Hasenau.

Kreisgericht Glatz. 24. Mai, 2 Uhr. Nachm. Gasthaus 163 Reudorf.

31. Mai, 3 Uhr. Nachm. Baurgut 71 Nieder-Steine.

Kreisgericht Gubrau. 27. Mai, 10 Uhr. Haus 2 Schirnau.

Kreisgericht Gabelschwerdt. 24. Mai, 10 Uhr. Grundst. 37 Ober-Alt-Lommitz.

Kreisger.-Comm. Herrnsdorf. 19. Mai, 10 Uhr. Grundst. 25 Herrnsdorf.

Grundst. 28 Schmeling.

29. Mai, 10 Uhr. Grundst. 39 Herrnsdorf.

Kreisger. Ramslau. 20. Mai, 10 Uhr. Baurgut 8 Klein-Steinersdorf.

28. Mai, 10 Uhr. Baurgut 2 Klein-Steinersdorf.

Kreisgericht Reumarkt. 26. Mai, 3 Uhr. Nachm. Grundst. 46 und 95, Kreisdam 23 Nippert.

Kreisger.-Deput. Neudorf. 27. Mai, 10 Uhr. Grundst. 10 Neudorf.

10 Uhr. Grundst. 91 Bierhöfe.

10 Uhr. Grundst. 87 Steinau.

Kreisger.-Deput. Nimptsch. 20. Mai, 10 Uhr. Grundst. 72 Langenöls.

Grundst. 209 Hedersdorf.

27. Mai, 10 Uhr. Grundst. 17 und 18 Dürr-Bröck.

Kreisgericht Dels. 17. Mai, 12 1/2 Uhr. Grundst. 33 Görlich.

21. Mai, 12 Uhr. Grundst. 5 Groß-Bölling.

23. Mai, 4 Uhr. Nachm. Baurgut 9 Ulbersdorf.

24. Mai, 10 Uhr. Grundst. 5 Radwib.

28. Mai, 4 Uhr. Nachm. Grundst. 43 Pontwib.

Kreisgericht Dhlau. 23. Mai, 9 Uhr. Grundst. 19 Jacobine.

10 1/2 Uhr. Grundst. 96 Warten.

Kreisger.-Comm. Raudten. 16. Mai, 10 Uhr. Hausgrundst. (Blatt 35) Raudten.

Kreisger. Reichenbach. 26. Mai, 9 Uhr. Grundst. 103 Reichenbach.

9 1/2 Uhr. Grundst. 5b Ob.-Petersmalbau.

Kreisgericht Schweidnitz. 21. Mai, 10 Uhr. Grundst. 282 Schweidnitzer Stadtfeld.

28. Mai, 10 Uhr. Grundst. 9 Hohenpörsch.

Kreisgericht Streblen. 20. Mai, 11 Uhr. Grundst. 71 Markt Bohrau.

Kreisgericht Striegau. 26. Mai, 11 Uhr. Grundst. 52 Delfe.

Kreisgericht Trebnitz. 28. Mai, 11 Uhr. Grundst. 8 und 9 Kunzendorf.

Kreisgericht Waldenburg. 17. Mai, 10 Uhr. Grundst. 29 Fröhlichsdorf.

19. Mai, 10 Uhr. Grundst. 73 Neufendorf.

21. Mai, 10 Uhr. Grundst. 104 Seitendorf.

26. Mai, 10 Uhr. Grundst. 48 Waldenburg.

29. Mai, 10 Uhr. Grundst. 203 Ober-Salzbrunn.

Kreisgericht Poln.-Wartenberg. 27. Mai, 11 Uhr. Grundst. 397 Bralin.

11 Uhr. Grundst. 52 Baldowib.

Kreisgericht-Comm. Winzig. 21. Mai, 10 Uhr. Grundst. 8 Alteschönz.

Kreisgericht Wobslau. 20. Mai, 4 Uhr. Nachm. Grundst. 8 Prusgawe.
24. Mai, 4 Uhr. Nachm. Rittergüter Ober- und Nieder-Cunern. Nieder-Cunern.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Schwerin, 13. Mai. Der Großfürst Michael ist mit seiner Gemahlin und seinem ältesten Sohne, Großfürsten Nicolaus, zum Besuche des großherzoglichen Hofes hier eingetroffen.

Darmstadt, 13. Mai. Wie der „Darmstädter Zeitung“ telegraphirt wird, hat der Kaiser von Rußland den Prinzen von Battenberg zum Generalmajor und zum Chef des 13. Jäger-Bataillons, bei welchem der Prinz den Donau-Übergang mitmachte, ernannt.

Augsburg, 13. Mai. Die „A. N. Ztg.“ meldet: Der hiesige Magistrat beschloß, die Einladung des Berliner Magistrats für den Städtetag am 17. Mai abzulehnen, weil er die Gefahr einer Vertheuerung der unentbehrlichsten Lebensmittel in der Zolltarifvorlage nicht finden, daher die als Zweck jener Versammlung in Aussicht genommene Demonstration gegen die Zolltarifvorlage für nicht motivirt erachtet könne. Nach seiner Ueberzeugung seien die in der Vorlage proponirten Viehölle und ein Zoll von 50 Pfennigen auf den Centner Getreide nicht gefährlich. Die Tarifvorlage verdiene weit eher eine beifällige als eine abfällige Kritik.

Wien, 13. Mai. Der Kronprinz von Schweden reiste Abends nach Koblenz ab.

Wien, 13. Mai. Der „Polit. Corresp.“ wird aus Petersburg gemeldet: Der Kriegsdampfer „Constantin“ holt die bulgarische Deputation zur Begrüßung des Prinzen von Battenberg von Warna ab und dürfte dieselbe am 15. d. in Iwadia eintreffen. Der neue Fürst reist am 18. Mai nach Wien und tritt von dort aus seine Rundreise nach Berlin, Paris, London und Rom an. Von Rom begibt sich der Fürst nach Konstantinopel zur Investitur, betritt in Warna den Boden Bulgariens, leistet in Tirnowa den Eid und nimmt in Sofia seine bleibende Residenz.

Paris, 13. Mai. Die in dem Cabinet herorgetretenen Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Organisation der Polizeipräfectur und der Zurückverlegung der Kammern nach Paris sind dem „Temps“ zufolge beigelegt, und würde das Cabinet ohne jegliche Modification vor die Kammern treten. Falls in dieser Angelegenheit eine Interpellation eingebracht werden sollte, würde Seitens der Regierung die Erklärung abgegeben werden, daß die Angelegenheit bezüglich der Organisation der Polizeipräfectur vollkommen unabhängig sei von der Frage wegen der Rückkehr der Kammern nach Paris. Sollten Seitens des linken Centrums in dieser Hinsicht Garantien verlangt werden, so würde das Cabinet betonen, daß es solche Garantien hinsichtlich durch seine gegenwärtige Zusammensetzung, durch seine frühere Haltung und durch sein Programm biete; außerdem würde das Cabinet ein Vertrauensvotum bezüglich dieser Frage verlangen.

London, 13. Mai. Oberhaus. Salisbury antwortete Stanhope, was Druttschiff über die Ansichten des Sultans und der türkischen Minister betreffs des Balkans gesagt habe, stimme mit der Information überein, welche die Regierung aus Konstantinopel empfangen habe. Die Regierung habe keinen Grund, zu glauben, daß der Sultan irgend ein Engagement eingegangen sei, welches ihn verhindere, Garnisonen nach dem Balkan zu senden, allein die betreffenden Bestimmungen des Berliner Vertrages seien nicht obligatorisch, sondern facultative. Der Sultan habe das Recht, Garnisonen in den Balkan zum Zwecke der Vertheidigung der Grenze zu senden, aber er kann dies selbstverständlich wie andere Potentaten thun, wenn es ihm finanziell und politisch am Bequemsten ist. Gewiß besteht keine Absicht, auf die Errichtung von Garnisonen zu verzichten, er wisse auch nicht, daß irgend eine Absicht besteht, sie auf unbestimmte Zeit zu vertagen, allein es sei wahrscheinlich, daß sie nicht eher dorthin gesandt werden, bis die Grenze tractirt und die Räumung beendet ist. Es sei ein Irrthum, zu glauben, daß der Verzicht auf das Recht vom Sultan allein abhängt; selbst angenommen, daß der Sultan so blind sei, was er nicht vermuthet, auf ein Recht von so bedeutendem Werthe für ihn zu verzichten, so kann er es nicht ohne Zustimmung der Unterzeichner des Berliner Vertrages.

London, 13. Mai. Unterhaus. Unterstaatssecretär Bourke erwiderte auf eine Anfrage Jenkins', die Idee einer gemeinsamen Action Englands und Frankreichs bezüglich der ägyptischen Angelegenheiten sei nicht aufgegeben worden. — Dilwyn beantragte eine Resolution, in welcher ausgesprochen werden sollte, daß die wachsenden Mißbräuche der Prerogative und des Einflusses der Krone seitens der Minister eine strikere Beobachtung der der Prerogative gesetzten Schranken erfordere.

Madrid, 13. Mai. Das Cabinet beriet gestern über die von einigen nordeuropäischen Mächten eingegangenen Schreiben bezüglich der Maßregeln zur Unterdrückung der socialistischen Bewegung. Es wurde indeß noch keine Entscheidung getroffen.

Stockholm, 13. Mai. Die Kammern genehmigten in gemeinsamer Sitzung mit 208 gegen 119 Stimmen den Eisenbahnhypothekensatz im Betrage von 23 Millionen und beschloßen mit 202 gegen 125 Stimmen den Ankauf der Hallberg-Modöbyer Eisenbahn durch den Staat.

Washington, 12. Mai. Die Repräsentantenkammer hat den Gesetzentwurf, betreffend die Einkommensteuer abgelehnt. Der Präsident Hayes hat sein Veto gegen die Bill, durch welche bei der Präsidentenwahl die Anwesenheit von Bundesstruppen in den Wahlorten verboten werden soll, eingelegt. Die Kammer hat einen Antrag, die vorliegenden Tagesordnungen aufzuheben, um das Armeebudget votiren zu können, abgelehnt.

(Aus Hirsch's telegraphischem Bureau.)

Wien, 13. Mai. Zwischen der Porte und der hiesigen Regierung haben in den letzten Tagen lebhafteste Unterhandlungen wegen der osmanischen Frage stattgefunden. Wie verlautet, hat die deutsche Regierung den übrigen Großmächten erklärt, daß, falls eine Besetzung Ostrumeliens durch nichttürkische Truppen nöthig werden sollte, sie keine gemischte Occupation vorschlagen würde, vielmehr die Besetzung durch eine einzige Macht vorzöge. — Wie in hiesigen politischen Kreisen versichert wird, hat die Türkei den Tractatmächten mitgetheilt, daß sie gemäß den Bestimmungen des Berliner Vertrages nach dem Abzuge der russischen Truppen aus Ostrumelien mehrere Plätze dieser Provinz — in erster Reihe Burgas — durch türkische Truppen besetzen lassen werde.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Mai 13., 14.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	9° 9	7° 6	5° 0
Luftström bei 0°	332° 94	332° 99	333° 25
Luftström	2° 15	2° 34	2° 31
Luftfeuchtigkeit	46 pCt.	60 pCt.	74 pCt.
Wind	N. 2.	NW. 1.	NW. 1.
Wetter	Trübe.	Bewölkt.	Seiter.
Wärme der Ober			7 U. 7° 7.

Mai 126½—125½—126 M. bez., per Juni-Juli 126½—125½—126 M. bez., per Juli-August 128—128½ bis 127 M. bez., per August-September — Markt bez., per Septbr.-Octr. 131—132—131 M. bez. Gefünd. 10,000 Str. Ründigungspreis 126½ M. —
 — Safer loco 122—147 M. pr 1000 Kilo nach Qualität gefordert, oft- und weßbreußischer 128—135 M. bez., ruffischer 128—135 M. bez., pom- merfcher 133—135 M. bez., fchleßcher 128—135 M. bez., böhmischer 128 bis 135 M. bez., feiner weifer pommerfcher u. medlenburgifcher 136—140 M. ab Bahn bez., per Mai 132½—131 M. bez., per Mai-Juni 131 M. bez., per Juni-Juli 131 M. bez., per Juli-August 132½—132 M. bez., per August- September — M. bez., per September-October 136—135 M. bez. u. Pr. Gefündigt — Centner. Ründigungspreis — Markt. — Erbßen, Kochwaare: 139—190 M., Futterwaare: 128—138 Mart. — Weizenmehl pr 100 Kilo Pr. unverteuert incl. Sad Nr. 00: 23,00—27,00 M. bez., Nr. 0: 26,50 bis 25,00 M., Nr. 0 und 1: 25,00—23,50 Mart bez. — Roggenmehl pr 100 Kilo Pr. unverteuert incl. Sad Nr. 0: 20,00—18,50 M. bez., Nr. 0 und 1: 18,25—17,00 Mart. — Roggenmehl pr 100 Kilo Pr. Nr. 0 und 1: incl. Sad der Mai und Mai-Juni 18,30—18,00—18,05 Mart bez., per Juni-Juli 18,30—18,00—18,05 M. bez., per Juli-August 18,35—18,10 bis 18,15 M. bez., per September-October 18,60—18,40 M. bez. Gefündigt — Centner. Ründigungspreis — Markt. — Haßl pr 100 Kilo loco mit Haß — M. bez., ohne Haß 57,5 Mart bez., per Mai 58—57,5 M. bez., per Mai-Juni 58—57,5 Mart bez., per Juni-Juli — M. bez., per September- October 59,2—59 Mart bez., per October-November 59,3—59,2 M. bez. — Spiritus loco ohne Faß 53,5—53,2 M. bez., per Mai und Mai-Juni 53,3—52,7—53 Mart bez., per Juni-Juli 53,3—52,7—53 M. bez., per Juli-August 53,9—53,7—53,8 Mart bez., per August-September 54,7—54,3 bis 54,5 Mart bez., per September-October 53,8—53,6—53,7 Mart bez. Gefündigt 50,000 Liter. Ründigungspreis 53,1 Mart.
 * Breslau, 14. Mai, 9¼ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen matter, bei mäßigem Angebot Preise schwach preisbaltend.
 Weizen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,00 bis 18,80—19,30 Mart, gelber 17,00—18,20 bis 18,60 Mart, feinste Sorte aber Notiz bezahlt.
 Roggen in ruhiger Stimmung, pr. 100 Kilogr. 11,70 bis 12,50—13,10 Mart, feinste Sorte aber Notiz bezahlt.
 Gerste schwach preisbaltend, pr. 100 Kilogr. 11,30 bis 13,20 Mart, weiße 13,30—14,00 Mart.
 Hafer ohne Venderung, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,00—11,80 bis 12,40 Mart.
 Mais gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 9,80—10,30—10,90 Mart.
 Erbßen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 11,60—12,80—14,00 bis 14,80 Mart, Victoria 14,80—16,30—17,50 Mart.
 Bohnen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mart.
 Lupinen feine Qualitäten behauptet, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,50—7,80 bis 8,10 Mart blaue 7,30—7,60—8,00 Mart.
 Widen ohne Venderung, pr. 100 Kilogr. 10,60—11,20—11,80 Mart.
 Deljaaten schwach zugeführt.
 Schlaglein sehr fest.
 Pro 100 Kilogramm netto in Mart und Pf.

Schlag-Leinfaß	26	25	24	50	23	50
Winterraps	25	75	25	—	24	25
Winterrüben	25	75	25	—	24	50
Sommerrüben	25	25	24	50	23	75
Leindotter	21	50	20	50	20	—

 Kleefamen schwacher Umfab, rother ruhig, pr. 50 Kilogr. 28—33—38 bis 41 Mart, — weißer ohne Frage, pr. 50 Kilogr. 30—38—45—55 Mart, hochfeiner über Notiz.
 Eymsthee ruhig, pr. 50 Kilogr. 12,50—14—17—19,50 Mart.
 Mehl in matter Stimmung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 27,00—28,50 Mart, Roggen fein 19,75—20,75 Mart, Hausbuden 18,75—19,75 Mart, Roggen-Futtermehl 8,75—9,75 Mart, Weizenkleie 6,80—7,80 Mart.
 Sen 2,80—3,00 Mart pr. 50 Kilogr.
 Roggenstroß 18,00—21,00 Mart pr. Schoß à 600 Kilogr.
 Breslau, 14. Mai. [Wafferhand.] D.-B. 5 M. 58 Cm. U.-R. 1 M. 46 Cm.
 Im Verlage von Eduard Trewendt in Breslau erscheint:
Eneyklopaedie
 der
Naturwissenschaften,
 herausgegeben
 von namhaften Autoritäten.
 In monatlichen Lieferungen. Gr. 8.
 Die Subscription verpflichtet zur Abnahme der ersten Abtheilung, welche in 30 Lieferungen die Botanik, Zoologie, Anthropologie und Mathematik umfassen soll. Das Abnahme Werk wird in etwa 90 Lieferungen oder 20 Bänden complet sein. — Jede gute Buchhandlung legt die erste Lieferung zur Ansicht vor.
Heinrich Lindner,
 Buchdruckerei,
 Breslau, Albrechtsstr. 29.
 Prämiirt auf der Schlesischen Kunstgewerbe-Ausstellung.
 Specialität
 Hochzeits- u. Festgedichte
 in elegantester Ausstattung.
 Einbanddecken.
 Drucke in Renaissance-Manier.
 [6269]
 Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
 Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.